

28. Januar 2010: Schüler kündigen Rechtsbrechern den Kampf an

Landesarbeitsausschuss Berufsbildung konstituiert sich: Rechtsberatung für Auszubildende geplant

28.01.2010

Schüler kündigen Rechtsbrechern den Kampf an

Landesarbeitsausschuss Berufsbildung konstituiert sich: Rechtsberatung für Auszubildende geplant

Am 24. Januar 2010 konstituierte sich der "Landesarbeitsausschuss Berufsbildung" der Landeschülervertretung (LSV) Hessen in Gießen. Der Ausschuss forderte unter anderem die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatzangebots für alle Auszubildenden und stellte selbst eine Rechtsberatung in Aussicht, die bei rechtlichen Verstößen gegen jene einschreitet. "Ausbildung ist ein elementarer Teil der Bildungspolitik", sagt Landeschulsprecherin Fiona Merfert und fordert die Landesregierung auf, mehr auf die Interessen der Auszubildenden zu achten: "Die Ausbildung der 200.000 Auszubildenden in Hessen muss wesentlicher Bestandteil der gesamtpolitischen Zukunftsplanung sein!"

Martin Hagel, Ausbildungsexperte im LSV-Vorstand und Leiter des Arbeitsausschusses Berufsbildung, kündigte eine Initiative an, um Opfer von Gesetzesverstößen zu beraten und dagegen selbst aktiv zu werden. "Illegale Vorgehensweisen innerhalb der Berufsbildung nehmen dramatisch zu", sagt Hagel. "Wir wollen Betroffene beraten und unterstützen. Der rechtliche Rahmen in der Ausbildung muss genau eingehalten werden." Dies sei ein "Anrecht jedes Auszubildenden." Hagel appelliert an das Land Hessen, die Relevanz der Ausbildung nicht zu unterschätzen. "Eine hohe Qualität der Ausbildung bei einem flächendeckenden Angebot an Ausbildungsplätzen ist ein gesamtgesellschaftliches Interesse", so Hagel. "Die Interessen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vereinen sich in der Ausbildung! Auch müssen die Zustände in den Betrieben und den Berufsschulen sozial vertretbar sein. Soziale Hürden behindern den Weg der Berufsausbildung", sagt Hagel.

Ein anderer Brennpunkt sind die Übergänge von Schulform zu Schulform bzw. Lebensabschnitt. "Die Übergänge innerhalb des Berufsbildungsprozesses müssen erleichtert werden", so Hagel. "Ausbildung darf nicht am Bürokratieberg scheitern!" Dazu forderten die Mitglieder eine umfassende Demokratisierung des Ausbildungssektors. Hagel: "Nur gemeinsam mit den Auszubildenden lässt sich das Potenzial einer Ausbildung ausschöpfen." Des Weiteren erneuerte der Ausschuss die Forderung nach einem "Grundrecht auf Ausbildung" und plädierte für eine Fortführung der Initiative "Ausbildung für alle". Die Eigenständigkeit der Auszubildenden soll zudem ausgeweitet werden. "Die Ausbildung muss mehr ins Zentrum der hessischen Bildungspolitik rücken", betont Merfert. "In Zeiten von schwachem Wirtschaftswachstum ist Ausbildung das beste Konjunkturpaket!"